Erste Reaktion

Analyse und Forderungen Jusos

Die SPD hat durch das Ergebnis der Bundestagswahl keinen Regierungsauftrag erhalten. Lädt die Union jedoch zu Gesprächen ein, weil ohne die SPD keine demokratische Regierung möglich ist, muss die SPD sehr deutlich machen, für welche Forderungen sie einsteht. Gleichzeitig müssen wir konsequent und zeitnah den Prozess der Neuaufstellung unserer Partei in Angriff nehmen, um verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Innerparteiliche Forderungen

Die SPD führt einen Prozess für ein neues Grundsatzprogramm durch, um sich glaubhaft als Partei der Arbeit im 21. Jahrhundert inhaltlich zu erneuern und insbesondere Arbeiter*innen und Arbeitnehmer*innen wieder stärker an sich zu binden. Dabei beziehen wir neben unseren Mitgliedern intensiv auch Bürger*innen ein für deren Interessen wir Politik machen wollen.

Eine Erneuerung schließt mit ein, dass wir uns auf den Spitzenämtern von **Partei und Fraktion neu aufstellen, um die inhaltliche Erneuerung glaubhaft personell zu untermauern und der Partei ein eigenes Profil neben der möglichen Regierungsarbeit zu geben**. Das Spitzenpersonal muss in der Lage sein, Grundwerte und Beschlüsse der SPD glaubhaft nach außen verkörpern.

Die klare **Trennung zwischen Parteispitzen- und Regierungsämtern ist erforderlich**.

Wir Jusos unterstützen Personen, die glaubwürdig für einen echten inhaltlichen, linken Neubeginn stehen. **Ein Austausch einzelner Personen ist für uns kein Neubeginn**.

Zentrale Bedingungen für Sondierungs- und Koalitionsgesprächen

Friedrich Merz hat Bedingungen für eine gemeinsame Regierung formuliert. Dies erfordert, dass auch die Sozialdemokratie sehr deutlich macht, welche Punkte für sie unverhandelbar sind.

1. Eine europarechtswidrige Abweisung von Asylbewerber*innen an den Binnengrenzen wird ausgeschlossen und die deutschen Grenzen werden nicht geschlossen, das Recht auf Asyl wird weiterhin individuell gewährleistet.
2. Friedrich Merz gesteht ein, dass die gemeinsamen Abstimmungen der Union mit der AfD schwerwiegende Fehler waren und schließt eine Wiederholung aus.
3. Der Mindestlohn wird bis spätestens 2026 auf 15€ erhöht.
4. Es erfolgt eine substanzielle Entlastung der 95% bei der Einkommensteuer, im Gegenzug werden die 1% Reichsten sowie hohe Vermögen und Erbschaften stärker belastet.
5. Die Schuldenbremse wird so angepasst, dass Verteidigungsausgaben und Investitionen kreditfinanziert werden können.

Eine Beteiligung an einer Regierung darf nicht um jeden Preis erfolgen.

Kurzanalyse

Die Wahlniederlage ist Ergebnis eigenen Versagens und eine krachende Niederlage. Der SPD ist es nicht gelungen, Erwartungen an eine SPD-geführte Regierung zu erfüllen und eine überzeugende, sozialdemokratische Vision für diese Gesellschaft zu entwerfen.

Das Respektsversprechen des Kanzlers und unserer Partei konnte politisch in der Ampel nicht ausgefüllt werden. Die lähmende Zerstrittenheit, fehlende Führung und schlechte Kommunikation wurden uns zum Verhängnis.

Im Wahlkampf ist es nicht gelungen, mit den eigenen Forderungen und Zukunftserzählungen durchzudringen. Unsere Partei befindet sich in einer existenziellen Glaubwürdigkeitskrise. Die Menschen nehmen uns nicht ab, dass wir sie und ihre täglichen Herausforderungen verstehen, geschweige denn einen Plan haben, wie wir ihr Leben spürbar verbessern. Das Vertrauen in sozialdemokratische Politik und einen starken, sozialen Staat, der ihnen angesichts tiefgreifender Krisen die Zuversicht gibt, diese bewältigen zu können, ist tief gestört.

Die Unfähigkeit der Ampelregierung klare Orientierung zu geben und Hoffnung zu vermitteln, hat uns in diesem Wahlkampf stark belastet.

Es hätte im Wahlkampf einer stärkeren Abgrenzung von der Ampelpolitik bedurft. Die Aufstellung des amtierenden Kanzlers als Kanzlerkandidat war dementsprechend eine falsche Entscheidung.

Der Kampagne ist es nicht gelungen, ein politisches Angebot zu formulieren, das den Wunsch der Wähler*innen nach tatsächlicher Veränderung und Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse hätte aufgreifen können.

Die schlechte Leistungsbilanz in wichtigen sozialdemokratischen Politikfeldern hat uns zudem geschadet. So ist es in der Ampel nicht gelungen, überzeugende Antworten auf die schwierige wirtschaftliche Situation unserer Industrie oder die Krise auf dem Wohnungsmarkt wirksam zu adressieren, die insbesondere junge Menschen stark belastet.

Das Regierungsprogramm bot durchaus gute und konkrete Antworten in vielen dieser wichtigen Politikfelder. Jedoch lag der Fokus des Wahlkampfes nicht auf diesen Zukunftsthemen, sondern war geprägt von Asyl- und Migrationsdebatten. In diesen wirkte die SPD getrieben, lieferte keine eigenen Antworten und setzte den erfolglosen Kurs der Koalition fort, sich einerseits rhetorisch von der CDU abzugrenzen, andererseits sich am Rechtsruck in der öffentlichen Debatte zu beteiligen und Positionen zu vertreten, die sich kaum von denen der CDU unterscheiden.

Die Ermangelung eigener sozialdemokratischer Antworten in entscheidenden Politikbereichen wurde erfolgreich von anderen linken Kräften genutzt. Im Ergebnis verzeichnet die SPD die drastischsten Verluste im linken politischen Lager ohne dass es gelungen wäre, Wähler*innen aus anderen politischen Lagern zu gewinnen.

Mit eigenen Konzepten durchzudringen, gelang nicht. Eine Abgrenzung von der CDU und Friedrich Merz wurde richtigerweise intensiv betrieben. Diese Abgrenzung aber unzureichend mit eigenen Forderungen und einer größeren Zukunftserzählung untermauert.

Interne Debatten über die Entscheidung der Kanzlerkandidatur oder Neuaufstellungen nach der Wahl, die von der Parteispitze nicht unterbunden werden konnten, begleiteten den Wahlkampf gerade zum Ende hin. Während die Mitglieder Infostände betreuten und an Haustüren klingelten, wurde sich an anderer Stelle munter an Spekulationen über die Zeit nach der Wahlniederlage beteiligt.

Partei- und Fraktionsspitze haben sowohl während der Regierungszeit als auch in der Kandidatenaufstellung einen schlecht abgestimmten Eindruck gemacht. Es ist weder gelungen, ein ernstzunehmendes Gegengewicht zum Machtzentrum des Kanzleramts aufzubauen, noch notwendige Entscheidungen zur Neuaufstellung im Wahlkampf zu treffen.

Die historische Wahlniederlage der SPD erfordert eine grundlegende und umfassende Neuaufstellung, um das Überleben der Sozialdemokratie zu sichern und die Grundlage für zukünftige Wahlerfolge zu legen. Die Erneuerung muss dabei in erster Linie inhaltlich erfolgen und die verloren gegangene Glaubwürdigkeit als politische Kraft der sozialen Veränderung wiederherstellen. Wir brauchen eine klare Vision, welche gesellschaftliche Veränderung wir für dieses Land in den nächsten zwanzig bis dreißig Jahren wollen.

Die tieferliegenden Probleme der Sozialdemokratie in Deutschland sind lange bekannt. Durch den Wahlsieg 2021 – wesentlich ermöglicht durch Fehler der politischen Konkurrenz - wurden sie lediglich zeitweilig übertüncht.

Die SPD steckt in einer fundamentalen Glaubwürdigkeitskrise. Langjährige Regierungsbeteiligungen haben in weiten Teilen des eigenen Wähler*innenpotenzials zu einem massiven Vertrauensverlust geführt. Potentielle Wähler*innen erwarten von der SPD, dass sie treibende Kraft der sozial gerechten Veränderung ist. Stattdessen werden wir wahrgenommen als Partei des Status Quo, die mehr verwaltet als gestaltet. Die historische Aufgabe der SPD als Partei der Arbeit ist es, Interessenvertretung der Arbeitnehmer*innen zu sein und Seite an Seite mit den Gewerkschaften die Beschäftigten vor neoliberalen Attacken auf Errungenschaften der Arbeiterbewegung zu schützen. Die Bindung der Beschäftigten an die SPD ist immer die Basis des politischen Erfolgs der Sozialdemokratie gewesen. Eben dieses Milieu kehrt der SPD aber zunehmend den Rücken. Wir wirken beliebig, die Bindung unserer Wähler*innen nimmt ab und insbesondere bei unserem Kernklientel verlieren wir zunehmend an Unterstützung. Sie nehmen uns nicht mehr ab, dass wir den Kampf für gute Arbeit und gleichberechtigte Lebensbedingungen für alle entschlossen führen.

Zudem gelingt immer schlechter in gesellschaftlich relevanten Debatten (Bsp.: Bürger*innengeld) oder Themen wie Asyl und Migration diskursive Hegemonie zu erlangen und unsere Werte und Haltungen selbstbewusst zu vertreten. Wir sind gefangen in einer Sprachlosigkeit in Ermangelung eigener Konzepte oder dem fehlenden Mut zu unseren eigenen Überzeugungen zu stehen. Immer wieder kapitulieren wir letztlich vor rechten Diskursen und übernehmen zeitverzögert konservative oder rechte Positionen. Diese politische Sprach- und Hilflosigkeit muss dringend überwunden werden.

Die Herausforderungen, denen sich unsere Partei gegenüber sieht, sind nicht neu. Vergangene Erneuerungsprozesse erschöpften sich in personellen Neubesetzungen und einem beschworenen Kulturwandel, ohne grundsätzlich erforderliche inhaltliche Neuprofilierung zu leisten. Halten wir an diesem Kurs fest, der trotz aufeinanderfolgenden Wahlniederlagen keine echten Konsequenzen zieht und immer wieder in erneuten Regierungsbeteiligung fortgesetzt wird, bedroht dies die Existenz der SPD.

Die Zustimmung zu den Grundwerten und der historischen Rolle der SPD als Interessenvertretung der Arbeitnehmer*innen ist weiterhin hoch. Viele Menschen können sich grundsätzlich vorstellen, die SPD zu wählen und befürworten eine starke, sozialdemokratische Partei. Es gibt breite Mehrheiten für etwa 15€ Mindestlohn, die Abschaffung von § 218 StGB und eine gerechtere Vermögens- und Einkommensverteilung. Sie haben aber gleichzeitig nicht mehr den Eindruck, dass die SPD diese sozialdemokratische Werte glaubwürdig verkörpert. Sie lehnen ein „Weiter so“ ab und können nur durch eine glaubwürdige, inhaltliche Erneuerung zurückgewonnen werden, die deutlich macht, für welche modernen sozialdemokratischen Visionen wir im 21. Jahrhundert stehen.

Die Wähler*innen fühlen sich massiv unverstanden von einer SPD-Politik, die auf sie technokratisch wirkt, Politiker*innen, die unnahbar sind und denen es nicht gelingt, politische Antworten zu formulieren, die Mut machen und Zuversicht in wirkliche Verbesserung der eigenen Lebensverhältnisse vermitteln.

Insbesondere muss es uns gelingen, die Probleme junger Menschen glaubhaft zu adressieren, um zu verhindern, dass eine ganze Generation die SPD nicht mehr als relevante Kraft der tatsächlichen Veränderung wahrnimmt.

In der extrem herausfordernden Situation unserer Demokratie mit wachsender Zustimmung zu der rechtsextremen AfD müssen sich alle demokratischen Parteien ehrlich die Frage stellen, welchen Beitrag sie leisten, um diese Entwicklung zu bekämpfen und wieder umzukehren. Die Aufgabe der SPD ist es, endlich wieder eine breite Anbindung der Arbeiter*innen und Arbeitnehmer*innen zu gewährleisten und diejenigen zurückzugewinnen, die sich in den letzten Jahrzehnten zunehmend abgewendet haben und entweder nicht mehr wählen oder zu anderen Parteien gewechselt sind.

Diese Neuaufstellung zu leisten, ist in einer Koalition mit einer CDU unter Friedrich Merz extrem schwierig.

Friedrich Merz hat durch seine defacto Zusammenarbeit mit der AfD einen demokratischen Tabubruch vollzogen, der das eigentlich notwendige Vertrauen in einen demokratischen Grundkonsens, der die Basis für eine Zusammenarbeit demokratischer Parteien ist, zerstört.

Friedrich Merz hat bereits im Wahlkampf rote Linien für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen definiert. Das Vorgehen von Friedrich Merz lässt erhebliche Zweifel daran aufkommen, ob die Union mit Friedrich Merz tatsächlich einigungsfähig ist. Umso wichtiger ist es, dass die SPD eine klare Linie in den Verhandlungen verfolgt und ihrerseits deutlich macht, dass ein neoliberaler Rollback mit ihr ebenso wenig möglich sein wird, wie europarechtswidrige Grenzschießungen und Abweisungen von Geflüchteten.

Eine Beteiligung an einer Regierung darf nicht um jeden Preis erfolgen.

Eine mögliche Beteiligung an einer CDU-geführten Regierung erschwert eine Neuaufstellung der SPD erheblich. Nichtsdestotrotz ist sie erforderlich und muss angegangen werden. Eine Neuprofilierung muss dabei von der Partei unter Beteiligung der Mitglieder ausgehen und die an uns bestehenden Erwartungen unserer potentiellen Wähler*innen einbeziehen. Die Partei muss eine eigenständige Rolle gegenüber den möglichen sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern einnehmen. Dies wird nur gelingen wenn die Parteispitze nicht Teil der Regierung ist.